

## Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

### NEWSLETTER 10/2019 – Sonderausgabe 25 Jahre OWUS

Dieser Newsletter erscheint als Sonderausgabe über das Kolloquium „25 Jahre OWUS“

#### 25 Jahre OWUS - Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

Am 22. Oktober trafen sich im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung 45 Mitglieder und Freunde zu einem Kolloquium anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung von OWUS Berlin-Brandenburg. Moderiert vom Verlagsleiter unseres Mitgliedsunternehmens „neues deutschland“, Olaf Koppe, stellten sich fünf Podiumsteilnehmer nach kurzen unterschiedlichen inhaltlichen Eingangsbeiträgen den Fragen des Publikums:

1. Matthias Höhn, MdB DIE LINKE., Ostbeauftragter der Bundestagsfraktion;
2. Ralf Christoffers, ehemaliger Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Brandenburger Landtag und „Pate“ bei der OWUS-Gründung;
3. Ute Hustig, Bürgermeisterin in Nuthetal, DIE LINKE.;
4. Dr. Sarah Ninette Kaliga, bisherige Geschäftsführerin unseres Mitgliedsvereins Solidaritätsdienst International e.V.;
5. Dr. Rolf Sukowski, Vorsitzender OWUS Berlin-Brandenburg.

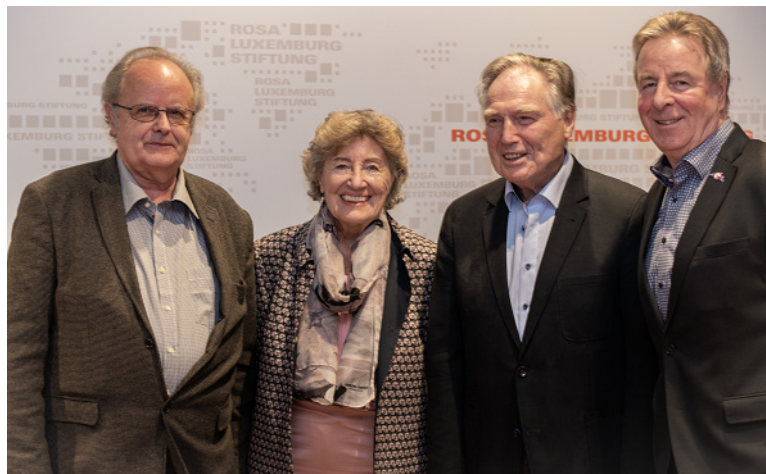


Die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion (von links nach rechts):  
Ralf Christoffers – Dr. Sarah Ninette Kaliga – Matthias Höhn – Dr. Rolf Sukowski – Ute Hustig und Moderator Olaf Koppe

## **Begrüßung durch den Vorsitzenden des Landesverbandes, Dr. Rolf Sukowski (Auszüge)<sup>2</sup>**

„Da sind wir aber immer noch“ – so eröffnete der Vorsitzende des Vorstandes in seiner Begrüßung das Kolloquium. Eingeweihte erkannten darin sofort den Oktoberclub. Er unterstrich, dass in gewisser Hinsicht auch OWUS ein Oktoberclub ist, aber eher ein wirtschaftspolitischer. Gegründet wurde der Verband am 01. Oktober 1994 in Strausberg in Anwesenheit von ca. 80 Personen aus Berlin und dem Land Brandenburg, in der Mehrzahl ehemalige DDR-Bürger, die 1990 aus ihrem beruflichen Leben mehr oder weniger herausgerissen worden waren und die Selbständigkeit als mitunter einzige Erwerbsmöglichkeit sahen.

Besonders begrüßt wurden die drei früheren Vorsitzenden des Verbandes, Prof. Dr. Christa Luft, Rolf Kutzmutz und Klaus Eichler sowie weitere Gründungsmitglieder. Ihrem Engagement ist es zu verdanken, dass unser Verband vor 25 Jahren das Licht der ostdeutschen Wirtschaftswelt erblickte.



Die vier bisherigen Vorsitzenden von OWUS:  
Prof. Dr. Christa Luft – Rolf Kutzmutz (r.) – Klaus Eichler – Dr. Rolf Sukowski (l.)

OWUS ist vor 25 Jahren angetreten, durch eine gezielte Förderung der kleinen und mittelständischen Unternehmen, der freiberuflich und anders selbstständig Tätigen einen Beitrag zum Umstrukturierungsprozess in den neuen Bundesländern zu leisten. Dieses Anliegen und das Motto des Verbandes „Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung“ erklärten sie in einem Gründungsaufwurf mit der Notwendigkeit, *„eine andere Politik für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Selbstständige“* zu fordern und dabei *„gemeinsame Interessen auch gemeinsam (zu) vertreten“*. Diese Notwendigkeit besteht auch heute, 25 Jahre nach

<sup>2</sup> vollständiger Text – siehe [http://www.owus.de/owus\\_berlin\\_brandenburg.html](http://www.owus.de/owus_berlin_brandenburg.html)

unserer Gründung, immer noch. Wenn von einem erneuten Strukturwandel in den neuen Bundesländern gesprochen wird, dann muss dieser eine andere Politik gegenüber den kleinen Unternehmen beinhalten. In dem am 22. Oktober im „neuen deutschland“ veröffentlichten Interview mit dem OWUS-Vorsitzenden wurde auch darauf hingewiesen. Und noch einen anderen Aspekt wurde von ihm erwähnt – die Debatte, ob Du auf der Seite der Arbeit oder des Kapitals stehst, ist unter den Linken noch nicht abgeschlossen. Wir stoßen immer wieder auf die offene oder latente Auffassung, dass alle Selbständigen per se Kapitalisten oder Ausbeuter sind. Dagegen sagen wir *„Einspruch, Euer Ehren!“*

Das Anliegen unseres Verbandes hat sich in den 25 Jahren gewandelt, alles andere wäre Stagnation gewesen. Jetzt stehen andere praktische Probleme im Mittelpunkt unserer Verbandsarbeit. Dazu gehört die Verbesserung der sozialen Absicherung der kleinen Unternehmer und Freiberufler. Mit diesem konsequenten Auftreten haben wir es gemeinsam geschafft, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den OWUS-Dachverband in diesem Jahr eingeladen hatte, als Wirtschaftsverband an Fachgesprächen zur Vorbereitung der Altersvorsorgepflicht für Selbständige teilzunehmen. Das bot uns die Gelegenheit, unsere Vorschläge aus der 2016 beschlossenen Sozialcharta im vorbereitenden Gesetzgebungsprozess konstruktiv zu vertreten.

Es war für uns ein gewaltiger qualitativer Sprung in der Verbandsarbeit, als wir 2011 in Wien auf die Gemeinwohl-Ökonomie stießen. Seitdem befassen wir uns intensiv mit dieser Form alternativen Wirtschaftens und tun alles, um sie stärker in das gesellschaftliche Blickfeld zu rücken. Der Landesverband und sechs Unternehmen haben in den letzten Jahren ihre Gemeinwohlberichte teilweise bereits mehrfach vorgelegt. Mit SODI befindet sich das siebte Unternehmen z. Zt. in der Peer-Evaluierung.

In unserer Jubiläumsanzeige im „neuen deutschland“ und der „jungen welt“ haben wir kühn formuliert *„Das sind die ersten 25 Jahre unseres Verbandes OWUS Berlin-Brandenburg!“*. Bleiben wir also optimistisch.

**Aus dem Podiumsbeitrag von Matthias Höhn** (MdB DIE LINKE., Ostbeauftragter der Bundestagsfraktion)



Wenn die Frage lautet: Hat der Osten eine Zukunft? sollte die Frage besser lauten: Welche Zukunft hat der Osten, und wie gestalten wir künftig den Osten? Zur Antwort gehören sicherlich mehrere Blickwinkel.

1. Es muss eine Bestandaufnahme der vergangenen 30 Jahre stattfinden. 40 Jahre vor der Wende, 30 Jahre nach der Wende, die Rolle der Treuhand, eine Wende mit tiefen Zäsuren für alle Familien - das alles prägt eine Region und hat massenhaft zu Verlust von Vertrauen in Politik und Regierung geführt. Ein Untersuchungsausschuss zur Treuhand könnte mehr Klarheit schaffen und Vertrauen zurück gewinnen. Zumal tatsächlich nur 5% der ehemaligen DDR-Betriebe an ehemalige DDR-Bürger verkauft worden sind.
2. In der Bundespolitik hat sich die politische Debattenlage verändert; weit über die LINKE hinaus. War der Osten bisher kein besonderes Thema, so hat sich die politische Situation in den vergangenen Jahren stark verändert, und es herrscht derzeit eine massiv veränderte Diskussion über Ostdeutschland. So haben die Parteien 2017 ihren Ostbeauftragten benannt, den es in der „Linken“ bereits erfolgreich gab.
3. Die Verschiebung der Debatte ist für uns nützlich und muss für uns eine „Wie entwickeln wir den Osten nach vorn“-Diskussion werden. Dabei spielen für die LINKE einige wesentliche Aspekte eine Rolle.
  - Die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus als politisch gewollten Abbau von öffentlichen Strukturen.
  - Die Berücksichtigung des demographischen Problems im Osten, das durch Geburtenrückgang und massive Abwanderung von Menschen aus dem Osten in andere Bundesländer hervorgerufen worden ist, und immer noch deutlich spürbare Nachwirkungen für den Osten hat: Geschäftsübergaben bleiben häufig erfolglos, und der Fachkräftemangel ist unübersehbar.

- Wie müssen sich im Osten solche Felder entwickeln wie Tarifstruktur, Wirtschaftskraft, Eigentums- und Vermögensstruktur und Nachhaltigkeit?  
Diese Themenbereiche betreffen die kleinen und Kleinstunternehmen ebenso wie Freiberufler in den unterschiedlichsten Branchen vor allem im Osten.
- 4. Welche Möglichkeiten eröffnen sich z. B. durch einen investierenden, fördernden Staat statt der neoliberalen Forderung: Privat vor Staat?
- 5. Es gibt eine spezifisch ostdeutsche Perspektive und spezifische ostdeutsche Erfahrungen - eine Gesellschaft kann sich grundsätzlich ändern. Kapitalismus und Neoliberalismus sind daher nicht alternativlos. Es gibt alternative Wirtschaftsformen.
- 6. Insgesamt muss es in Deutschland eine neue grundsätzliche Debatte mit Offenheit geben gegenüber Gegebenheiten in Ost und West wie - Gerechtigkeit in Politik, Wirtschaft und sozialen Entwicklungen, die der Osten, aber nicht nur der Osten, erleben will.

[Irene Gebauer]

**Aus dem Podiumsbeitrag von Ralf Christoffers** (ehemaliger Wirtschaftsminister und Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Brandenburger Landtag)



Ralf Christoffers begann seinen Beitrag u.a. mit der Fragestellung „*welchen Stellenwert haben Linke in der Gesellschaft für die Gestaltung der Zukunft*“ und betonte dabei, dass sich wirtschaftliche Entwicklung auch über das Unternehmertum vollzieht, also auch in den KMU's. Leider ist die LINKE oft viel zu weit weg davon. Er hob in diesem Zusammenhang hervor, dass die Brandenburger Landespolitik beim bevorstehenden Strukturwandel und der Energiewende vor großen Herausforderungen steht. Dabei betonte er, dass ein Braunkohleausstieg nur mit der sozialen Frage verbunden werden kann, jedoch 8.000 bis 10.000 Arbeitsplätze von einer Regierung nicht ad hoc geschaffen werden können. Wir müssen die politische

und soziale Frage in einem engen Zusammenhang sehen. Benachteiligungen aus dem Strukturwandel müssen vor allem im Osten abgebaut werden. Die Erfahrungen aus den Jahren nach 1990 sind noch frisch. Erst geht die gesamte DDR und jetzt auch noch die Kohle? Dennoch schöpfte er Zuversicht für ein Gelingen der Aufgaben, denn Brandenburg habe nach 1989 einen enormen Wandel durchlaufen bis hin zur Energiewende (4.000 Windräder) und das gibt ihm Hoffnung. Die Fraktion der Linken im Brandenburger Landtag würde diesen Prozess kritisch begleiten, auch wenn die Bedingungen nach der Wahl spürbar schlechter geworden sind. In der letzten Legislaturperiode war es nicht gelungen, die erfolgreiche Arbeit der LINKEN in der rot-roten Landesregierung auch als Erfolg der Partei darzustellen. Linke Landespolitik und die Arbeit der Partei wurden nicht als Einheit wahrgenommen.

Die Rolle der Nationalstaaten in der EU hat sich verändert. Die Mitgliedsstaaten und auch die Bundesländer selbst können und müssen in Brüssel ihren Einfluss geltend machen, um Interessen in diesem Strukturwandel durchzusetzen und nicht nur ein verbales Bekenntnis zur EU abgeben.

[Irene Gebauer / Robert Gadegast]

**Aus dem Podiumsbeitrag von Ute Hustig (Bürgermeisterin von Nuthetal, DIE LINKE)**



Sie hatte ihren Beitrag unter das Thema gestellt, welche Möglichkeiten die Kommunalpolitik hat, kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen. Mit Hinweis auf Nuthetal nannte sie einige Möglichkeiten, so u. a.:

- die Förderung zur Ansiedlung von jungen Unternehmen und damit Schaffung von Arbeitsplätzen;

- die Ausschreibung öffentlicher Aufträge in kleinen Losen, um insbesondere den lokalen und regionalen Unternehmen die Möglichkeit zur Teilnahme zu ermöglichen;
- Damit verbunden sollten Infrastrukturbereiche gestärkt werden wie
  - der Breitbandausbau,
  - ÖPNV in noch mehr Orte und in verbessertem Takt,
  - Kinderbetreuung für Familien, die in der Region in neuen Unternehmen arbeiten,
  - Ausbau und vielleicht auch Reaktivierung von Verkehrswegen,
  - Beratung von Unternehmen zu Förderprogrammen, Digitalisierung und Strukturveränderungen in der Region.

Dabei geht es nicht um die Schaffung von Gewerbeflächen um jeden Preis. Wichtig sind auch zusätzliche Gewerbeflächen in bestehenden Gewerbegebieten oder innerhalb der Orte ohne eine weitere Versiegelung des Bodens.

[Wolfgang Ackermann]

**Aus dem Podiumsbeitrag von Dr. Rolf Sukowski** (Vorsitzender des OWUS-Landesverbandes)<sup>3</sup>

- OWUS möchte aktiver Mitgestalter der angesprochenen Strukturveränderungen sein, jedoch nicht so sehr bei der Ansiedlung neuer Wirtschaftszweige. Strukturveränderungen bedeutet für uns auch Veränderung wirtschaftspolitischer Strukturen. Und vielleicht können die hier angesprochenen Strukturveränderungen mit diesen wirtschaftspolitischen kombiniert werden. Dies sollte der Anspruch linker Wirtschaftspolitik sein, wobei hier links nicht parteipolitisch zu verstehen ist.
- In linken Debatten wird häufig der Begriff Transformation verwendet. Es ist genau bekannt, was transformiert werden soll und was zum Schluss dabei rauskommen soll. Aber der Weg dorthin liegt häufig im Nebel theoretischer Debatten. Und wir wollen genau diese Wege diskutieren als Prozess der Suche nach alternativen Wirtschaftsformen. Der postulierten „Alternativlosigkeit“ stellen wir gemeinsam mit anderen Organisationen die These gegenüber, dass es Tausende von Alternativen gibt. Die Bewegung für eine Solidarische Ökonomie gehört zu diesen

---

<sup>3</sup> vollständiger Text – siehe [http://www.owus.de/owus\\_berlin\\_brandenburg.html](http://www.owus.de/owus_berlin_brandenburg.html)

Alternativen. Und es können konkrete Alternativen aufgezeigt werden. Und zwar nicht in theoretischen Transformationsdebatten, sondern in einem konkreten wirtschaftlichen Handeln.

- Als der miteinander wetteifernden Schulen alternativen Wirtschaftens kann die Bewegung zur Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) betrachtet werden. Es ist eine Bewegung, die sich durchaus mit den gegenwärtig herrschenden Strukturen in der Gesellschaft und vor allem in der Wirtschaft kritisch auseinandersetzt und sie auch in Frage stellt. Das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie muss unserer Auffassung nach von unten weiter entwickelt und verbreitet werden, es darf keine Kopfgeburt oder Alibi-Veranstaltung wie bspw. teilweise die Corporate Social Responsibility (CSR) werden. Und dazu wollen wir als Unternehmerverband unseren Beitrag leisten.
- Uns ist klar, es gibt auch Kritik an der GWÖ. Am Ende bleibe auch ein nachhaltigeres Wirtschaften im derzeitigen System nur ein grün angestrichener Kapitalismus, der weiter auf denselben zerstörerischen Grundprinzipien basiere. Eine sachliche Kritik bedarf auch einer sachlichen Erwiderung. Darauf zu hoffen, demnächst mit einer deutlichen linkstransformatorischen Mehrheit in Bundestag und Bundesrat ausgestattet zu sein, ist im Moment ein Wunschtraum. Bis wir also etwas PRAKTIKABLERES als Solidarische Ökonomie und GWÖ gefunden haben, um die kapitalistische Wirtschaftsweise zu überwinden, können wir es ja zunächst mal mit einer strikten Gemeinwohlorientierung der Wirtschaft versuchen. Dann ist der Sprung in eine wie auch immer geartete neue Wirtschaftsordnung nicht mehr zu groß. Und wir haben dabei viele Verbündete. Mit der Erstellung von Gemeinwohlbilanzen soll das Erreichen von ökologischen, sozialen und auch demokratischen Zielen dokumentiert werden. Im Sinne der von der UN mit ihrer Agenda 2030 beschlossenen Nachhaltigkeitsziele geht es um soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit. Die UN hat mit der Agenda 2030 beschlossen, dass sie für alle Länder gilt, gleichermaßen für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer. Und damit ist die GWÖ unseres Erachtens ein Beitrag zur Umsetzung dieser 17 Nachhaltigkeitsziele.



**Aus dem Podiumsbeitrag von Dr. Sarah Ninette Kaliga** (ehemalige Geschäftsführerin von Solidaritätsdienst International [SODI] e. V.)



Dr. Sarah Ninette Kaliga (SODI) im Gespräch mit dem Moderator Olaf Koppe

1. „EINE Wirtschaft! Für ALLE!“ lautet das Motto der von SODI 2018 initiierten Kampagne SODI-Entrepreneur (<https://verantwortung.sodi.de/>). Diese Forderung ist dringlicher denn je. Dr. Kaliga lud alle interessierten Unternehmen ein, sich gemeinsam diesem Ziel anzunähern. In einem starken Netzwerk aus Unternehmer\*innen können sich die dem Gemeinwohl verpflichteten Unternehmen stark machen für soziale Gerechtigkeit, eine nachhaltige Wirtschaft und gerechte Zukunftsperspektiven weltweit.
2. Wenn Wirtschaft gedeiht, überwindet sie Grenzen! Eine globale Wirtschaft ist überregionale Arbeitsteilung, sie ist Wissenstransfer, sie ermöglicht erst den Austausch von Handel, Gütern und Dienstleistungen. Doch so, wie wir die Wirtschaft heute kennen, wird sie durch ein geografisches Machtgefälle bestimmt. Eine Hälfte dieser Welt wirtschaftet deswegen heute auf dem Rücken der anderen Hälfte. Der Erfolg des Globalen Norden hat Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und -chancen von Menschen in anderen Teilen der Welt, insbesondere im Globalen Süden.
3. Die 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO gelten auch für Deutschland. Es geht dabei um ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit. Diese Erkenntnis ist noch nicht überall angekommen. Dazu bedarf es einer engen Zusammenarbeit zwischen Politik, Zivilgesellschaft UND Wirtschaft. Die Frage, die sich auch in Deutschland stellt, ist, inwieweit wird Wirtschaft tatsächlich in diese Debatte einbezogen? Es wird in diesem Kontext viel über Wirtschaft geredet, aber häufig ohne die Wirtschaft einzubeziehen. SODI macht im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu ein Angebot, um diesen Dialog zu führen.

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion wurden die in den Beiträgen angesprochenen Themen von mehreren Teilnehmern durchaus auch kritisch hinterfragt. So kritisierte die Vorsitzende des Vorstands von OWUS Sachsen, Luise Neuhaus-Wartenberg, die fehlende Wirtschaftsstrategie der Linkspartei. Sie würde sich wünschen, dass ein Bundesparteitag das Thema Wirtschaftspolitik in den Fokus der Debatte stellt. Der Vorstand von OWUS wird dies zum Anlass nehmen, auf der kommenden Vorstandssitzung über eine mögliche Initiative unseres Verbandes zur Vorbereitung und Durchführung einer Wirtschaftskonferenz der Linken nachzudenken.



Aber auch die notwendige Verjüngung der Mitgliedschaft in unserem Verband spielte in der Diskussion eine Rolle. Das hob vor allem Bürke Jobst hervor, der zu den Gründungsmitgliedern unseres Verbandes gehörte und dem die Stärkung des Unternehmerverbandes immer sehr am Herzen lag. Jutta Matuschek unterstrich in ihrem Debattenbeitrag die Notwendigkeit der Diskussion über unsere Ostidentität zu intensivieren.



Immer bei der Arbeit - Dank an den Organisations-Chef Robert Gadegast!

## Nachträgliche Gratulation für unsere Geburtstagskinder im November 2019



Thomas Singer	05.11.	Rico Philipp	08.11.
Robert Gadegast	10.11.	Siegfried Nord	20.11.
Klaus Gebauer	21.11.	Andrej Philipp	27.11.
Reinfred Lauterbach	29.11.	Michael Schneider	30.11.

### Links

OWUS auf  [www.facebook.com/owus.dachverband](https://www.facebook.com/owus.dachverband)

<https://oxiblog.de> Wirtschaft anders denken

<https://www.ecogood.org/de/> Gemeinwohl-Ökonomie

Der OWUS-Newsletter kann online über die Homepage [www.OWUS.de](http://www.OWUS.de) abonniert bzw. direkt über [newsletter@OWUS.de](mailto:newsletter@OWUS.de) bestellt oder abbestellt werden.